Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2003)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftdirektion

Autor: Zölch-Balmer, Elisabeth / Annoni, Mario

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418484

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

3. Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion

Direktorin: Regierungsrätin Elisabeth Zölch-Balmer
Stellvertreter: Regierungsrat Mario Annoni

3.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Gestützt auf die Legislaturziele des Regierungsrates «Bern entschulden», «Wirtschaftswachstum fördern» und «nachhaltige Entwicklung anstreben» konzentrierten sich die Schwerpunkte der Tätigkeit der Volkswirtschaftsdirektion im Berichtsjahr hauptsächlich auf zwei Bereiche. Einerseits wurden die im Rahmen der strategischen Aufgabenüberprüfung (SAR) beschlossenen Sanierungsmassnahmen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen, vollzogen. Andererseits wurden diverse Massnahmen zur Förderung des Wachstums beschlossen und der Bericht zur Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie erarbeitet.

Bern entschulden

Mit der Umsetzung der im Rahmen von SAR beschlossenen Sanierungsmassnahmen reduziert die Volkswirtschaftsdirektion ihre Ausgaben bis im Jahr 2006 um rund 18 Millionen Franken. Dies entspricht etwa zehn Prozent der Gesamtausgaben der Volkswirtschaftsdirektion (ohne durchlaufende Bundesbeiträge) und erfordert einen Abbau von über 160 Vollstellen, was rund 14 Prozent des Personalbestandes der Volkswirtschaftsdirektion ausmacht.
Die Volkswirtschaftsdirektorin hat Anfang 2003 29 Einzelaufträge zur konkreten Umsetzung der Massnahmen erteilt. Gestützt auf die SAR-Beschlüsse und diese Aufträge wurde die Volkswirtschaftsdirektion vollständig umstrukturiert. Die Anzahl der Ämter wurde von bisher fünf auf drei reduziert. Dies ermöglichte die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen im Bereich der Kader- und Stabsstellen, indem zwei Amtsleitungen und zwei Stabsabteilungen eingespart wurden. Per 1. Januar 2004 wurde das bisherige Amt für Landwirtschaft (LANA) sowie das Jagd-, das Naturschutz- und das Fischereiinspektorat im neuen Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) zusammengefasst. Das Amt für Natur wurde aufgelöst. Bereits per 1. Mai 2003 haben das ehemalige kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) und das kantonale Amt für wirtschaftliche Entwicklung (KAWE) zum beco Berner Wirtschaft fusioniert. Die Volkswirtschaftsdirektion gliedert sich nunmehr in die drei Ämter *beco Berner Wirtschaft, Amt für Landwirtschaft und Natur* und *Amt für Wald* sowie das Generalsekretariat.
Die Restrukturierungsmassnahmen waren auch innerhalb der Ämter umfassend. Im Amt für Landwirtschaft wurden die Umsetzungsarbeiten zur weiteren Konzentration der landwirtschaftlichen Bildung und Beratung gestartet. Die beschlossene Schliessung des INFORAMA Schwand im Jahr 2005 erforderte einen frühzeitigen Planungsbeginn bezüglich der zukünftigen Raumnutzung an den verbleibenden INFORAMA-Standorten Rütti und Hondrich. Im Berichtsjahr wurde zudem die Schliessung der Molkereischule Rütti schrittweise vollzogen und die Arbeiten zum Wechsel der Zuständigkeit für die Gartenbauschule Oeschberg von der Volkswirtschaftsdirektion zur Erziehungsdirektion erledigt. Das Amt für Wald ist im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Staatsforstbetriebes innerhalb der Volkswirtschaftsdirektion am stärksten vom Personalabbau betroffen. Mit dem Ziel, den Staatsforstbetrieb im Bereich des Nutzwaldes kostendeckend führen zu können, wurden umfassende Rationalisierungsmassnahmen beschlossen. Diese sind verbunden mit einem Abbau von 75 Stellen, wobei die Kaderstellen überproportional betroffen sind. Die einzelnen Staatsforstbetriebe der acht Waldabteilungen werden in einen gesamtkantonal geführten Staatsforstbetrieb mit regionalen Forstequipen überführt.

Wirtschaftswachstum fördern

Im Berichtsjahr hat die Volkswirtschaftsdirektion diverse Massnahmen zur Förderung des Wachstums beschlossen und umgesetzt. Auf verschiedenen Ebenen wurden Massnahmen zur Vereinfachung von Verfahren und Vorschriften erlassen. Unter anderem wurde ein Konzept für die Einführung eines umfassenden Key-Account-Managements erarbeitet. Damit sollen die Beziehungen zwischen der kantonalen Verwaltung und den Unternehmen im Kanton Bern verstetigt und die Verfahren aus Sicht der Firmen vereinfacht werden. Für die Optimierung der geschäftlichen Beziehungen und das gegenseitige Verständnis von Wirtschaft und Verwaltung wurde ein Konzept mit konkreten Massnahmen entwickelt, die ab 2004 umgesetzt werden.
Zur Priorisierung der Investitionen wurde ein Kriterienraster erarbeitet, welcher es erlaubt, Investitionen auf deren Wachstumswirkung hin zu beurteilen. Im Jahr 2003 wurden erstmals sämtliche Investitionen über eine Million Franken im Rahmen der Mitberichtsverfahren durch die Volkswirtschaftsdirektion nach diesem Raster beurteilt.
Schliesslich wurde im Jahr 2003 gestützt auf die Empfehlungen des Wirtschaftsrates ein Bericht zur Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie erarbeitet. Im Rahmen dieses Projektes wurden die Möglichkeiten und Grenzen des kantonalen Handelns in der Wirtschaftspolitik aufgezeigt, die laufenden, das Wirtschaftswachstum fördernden Projekte der Direktionen in einem Inventar dokumentiert, vier Zielszenarien für mögliche Entwicklungen des Kantons Bern skizziert und dazu konkrete Massnahmen identifiziert. Damit waren die Grundlagen für die Formulierung eines Antrags für eine Strategie mit konkreten Massnahmen und die Verabschiedung durch den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates im Jahr 2004 geschaffen.
Auch im Berichtsjahr 2003 wurden regelmässig die Daten zur Wirtschaftslage für den Kanton Bern aufbereitet. Während sich im Kanton Bern im Jahr 2003 das BIP nicht verändert hat, ist dieses im gesamtschweizerischen Durchschnitt um 0,4 Prozent gesunken. Die Arbeitslosenrate lag im Kanton Bern mit 2,8 Prozent knapp ein Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt von 3,7 Prozent.

3.2 Berichte der Ämter

3.2.1 Generalsekretariat

3.2.1.1 *Organisation/Aufgaben*

Das Generalsekretariat stellte entsprechend seiner Querschnittsaufgaben die Dienstleistungen in den Bereichen Führungsunterstützung, Finanzen und Personal, Raumbewirtschaftung, Informatik, Recht und Übersetzung für die Volkswirtschaftsdirektion gegen innen und aussen sicher. Besonders zu erwähnen sind im Berichtsjahr 2003 die Projekte Strategische Aufgabenüberprüfung (SAR), Neue Verwaltungsführung (NEF), Reorganisation der Informatik (IT-VOL) und Optimierung der Strukturen und Abläufe im Generalsekretariat (OptiGS).
SAR: Im Rahmen von SAR wurde die ganze Volkswirtschaftsdirektion einer vollumfänglichen Reorganisation unterzogen. Das Generalsekretariat wirkte in den entsprechenden Projektorganisationen zur Vorbereitung der einzelnen Beschlüsse mit. Die Projektarbeiten zur Zusammenführung der Ämter KIGA und KAWE zum beco und

LANA und ANAT zum LANAT erfolgten unter der Leitung des Generalsekretariates.
NEF: Die notwendigen Führungsinstrumente für NEF wurden im Berichtsjahr unter der Federführung des Generalsekretariates erarbeitet und verabschiedet. Die Struktur der Produktgruppen und Produkte wurde konsolidiert. Das Generalsekretariat erarbeitete gemeinsam mit den Ämtern die Leistungsvereinbarungen für das Testjahr 2004.
IT-VOL: Die Informatikabteilungen des Generalsekretariates und des KIGA wurden im Berichtsjahr zu einer Abteilung im Generalsekretariat zusammengelegt und die entsprechend notwendigen Reorganisationsschritte hin zu einer einheitlichen, effektiven und effizienten Informatik für die Volkswirtschaftsdirektion vorbereitet.
OptiGS: Im Zusammenhang mit dem Wechsel des Generalsekretärs wurde die Organisation dahingehend angepasst, dass die bisherigen Geschäftsbereiche Wirtschaft sowie Landwirtschaft, Wald und Natur zu einem Geschäftsbereich Führungsunterstützung zusammengelegt wurden. Gleichzeitig wurden die Geschäftsabläufe zwischen dem Generalsekretariat und den Ämtern überprüft und wo notwendig angepasst, indem die verschiedenen Geschäftskontrollen zusammengefasst wurden. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten wurde auch der Übersetzungsdienst überprüft. Es wurde beschlossen, die zwei bisherigen Übersetzungsdienste zur Effizienz- und Effektivitätssteigerung ebenfalls auf Direktionsstufe zusammenzufassen.

3.2.1.2 *Rechtsabteilung (RA)*

Die Rechtsabteilung erledigte im Berichtsjahr 93 Beschwerden (Neueingänge: 88). Durch das Verwaltungsgericht wurden vier Beschwerden gegen Entscheide der Volkswirtschaftsdirektion abgewiesen, ein Beschwerdeverfahren wurde abgeschrieben. Die Rekurskommission des EVD sowie das Bundesgericht wiesen je eine Beschwerde ab. Die Rechtsabteilung befasste sich zudem mit gesetzgeberischen Arbeiten, namentlich in den Bereichen Arbeitsmarkt, Jagd, Organisation, ökologische Vernetzung sowie Wohnungsangebot.

3.2.1.3 *Gebäudeversicherung Bern (GVB)*

Die Prämieneinnahmen im Berichtsjahr belaufen sich auf 173,6 Millionen Franken. Dies entspricht einer Zunahme von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf Grund der erhöhten Rückversicherungsprämien nahm der gesamte Ertrag aus Versicherungen jedoch leicht ab (– 2,7%).
Wie bereits im Vorjahr entwickelten sich die Schäden gesamthaft gesehen im Durchschnitt. Die Feuerschäden lagen mit 70,9 Millionen Franken leicht über dem langjährigen Schnitt (CHF 64,2 Mio.). Die in den letzten drei Jahren auffallend massive Zunahme von Bränden in bernischen Gastwirtschaftsbetrieben hat die GVB veranlasst, entsprechende Gegenmassnahmen einzuleiten. Vorgesehen sind brandschutz- und versicherungstechnische Massnahmen. Die Elementarschäden liegen mit 39,4 Millionen Franken zwar höher als die Vorjahreswerte, blieben allerdings unter dem Zehnjahresdurchschnitt (CHF 57,8 Mio.).
Die GVB hat auch im Jahr 2003 29,4 Millionen Franken für den Bereich Brandsicherheit aufgewendet. Der Verwaltungsaufwand liegt mit 13,8 Millionen Franken im Rahmen des Vorjahres. Die Entwicklung an den Kapitalmärkten ermöglichte es der GVB wieder, ein positives Kapitalergebnis (CHF 53,0 Mio.) zu realisieren. Die notwendigen technischen Rückstellungen konnten im gewohnten Umfang geäufnet werden. Die Rechnung 2003 wird von einer ausserordentlichen Rückstellung im Umfang von 9,1 Millionen Franken belastet. Es handelt sich dabei um eine Forderung der Eidgenössischen Steuerverwaltung im Zusammenhang mit den Stempelsteuern. Diese Forderung wird von der GVB bestritten und ist Gegenstand eines Beschwerdeverfahrens. Um das Vorsichtsprinzip gemäss Obligationenrecht einzuhalten, wurde die bestrittene Summe vollumfänglich zurückgestellt. Dennoch schliesst das Jahr 2003 mit einem Ertragsüberschuss von 8,6 Millionen Franken ab.
Eine Kundenumfrage im Jahr 2000 hat ergeben, dass sich viele Kunden mehr Informationen zu den verschiedenen Themen rund um das Haus wünschen. Mit der Inbetriebnahme der Internetplattform www.hausinfo.ch im September 2003 wollten die GVB und der Hauseigentümerverband (HEV) diesem Bedürfnis mit einer breiten Themenpalette entsprechen und gleichzeitig die Präventionsmassnahmen fördern. Der Erfolg: Bereits 30000 Besucher und über 150000 Seitenanfragen in den ersten drei Monaten bis Ende 2003.
Um die Mitwirkung der Bevölkerung an der gesellschaftlich wichtigen Aufgabe der Schadenverhütung zu fördern, hat die GVB im Jahr 2003 erstmals den «Prix Prévention» ausgeschrieben. Damit sollen praktische Beiträge zur Verhinderung oder Minderung von Feuer- und Elementarschäden gefördert werden. Die Jury hat im November 2003 aus 33 Bewerbungen drei Eingaben für den Preis nominiert. Der Gewinner wurde anlässlich der ersten Preisverleihung am 23. Februar 2004 bekannt gegeben. Der mit 20000 Franken dotierte Preis soll alle zwei Jahre vergeben werden.
Die Abnahme der Rechnung durch den Verwaltungsrat steht noch aus. Für weitere Einzelheiten wird deshalb auf den Ende April 2004 erscheinenden Geschäftsbericht der GVB verwiesen.

3.2.2 **Amt für Landwirtschaft (LANA)**

Das Landwirtschaftsjahr 2003 war stark geprägt vom trockenen und heissen Sommer. Der Juni war der heisseste seit Beginn der Temperaturmessungen. Von fehlenden Niederschlägen betroffen waren vor allem weite Teile des Mittellandes. Der extreme Sommer wirkte sich auf fast alle landwirtschaftlichen Produktionszweige aus. Im Talgebiet herrschte Futtermangel, währenddem der Futterwuchs auf den Alpen überdurchschnittlich ausfiel. Die Getreideernte startete einen Monat früher und lieferte kleine Erträge bei überdurchschnittlicher Qualität. Die Mais-, Kartoffel- und Spezialkulturen litten stark unter der Trockenheit. Weniger Probleme ergaben sich bei den Zuckerrüben, die eine durchschnittliche Erntemenge lieferten.
Der Gesamtwert der in der Schweiz im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft erzeugten Güter liegt nach ersten Schätzungen mit 9,9 Milliarden Franken um sechs Prozent tiefer als der Durchschnitt der drei vorherigen Jahre. Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft ist nach wie vor unbefriedigend. Das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen pro Betrieb im Kanton Bern liegt noch knapp über 42000 Franken (CHF 51500.–). Zehn Prozent der Betriebe weisen einen negativen Cashflow aus. Solche Betriebe sind in der Weiterexistenz akut gefährdet.
Der Milchmarkt hat sich nach den Turbulenzen des Vorjahres im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch von Swiss Dairy Food (SDF) wieder stabilisiert. Ein wichtiger Grund dafür waren die wegen Futtermangels und kleinerer Kuhzahlen rückläufigen Milcheinlieferungen. Dennoch vollziehen sich tief greifende Strukturbereinigungen bei den Käsereien und in der Milchwirtschaft generell. Allein im Kanton Bern haben im Berichtsjahr 45 Käsereien keine Abnahmeverträge mehr erhalten.

3.2.2.1 *Produktion, Konkurrenzfähigkeit*

Im Jahr 2003 wurden auf den überwachten öffentlichen Schlachtviehmärkten 23246 Stück Rindvieh vermarktet (Vorjahr 22857). Der Kanton fördert den Wettbewerb und die Transparenz auf überwachten Viehmärkten, indem er subsidiäre Beiträge an die Marktorganisation und an das von der Landwirtschaft selbst organisierte Zusammenfassen des zersplitterten Angebots leistet. Dank dieser Zusammenfassung konnten die Produzenten ihr Vieh im Durch-

schnitt um 9,3 Prozent über den offiziellen Schatzungspreisen absetzen, was einem am Markt realisierten Mehrerlös von insgesamt 2,4 Millionen Franken entspricht. Das Amt hat mit der PROVIANDE und der LOBAG betreffend die Bezeichnung, Durchführung und Überwachung der öffentlichen Berner Märkte für Grossvieh, Bankkälber und Schafe eine neue Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Darin wird die neutrale Qualitätseinstufung und Versteigerung der aufgeführten Tiere gemäss den Vorgaben der neuen Agrarpolitik des Bundes (AP 2007) geregelt.
Für den Viehabsatz aus dem Berggebiet schafft der Kanton ergänzend zum Bund einen zusätzlichen Anreiz, indem er für weibliche Tiere aus dem Berggebiet einen Kantonsbeitrag von 150 Franken pro Stück gewährt. Insgesamt wurde dadurch der Absatz von 2030 Tieren aus dem Berggebiet (2526 Tiere) mit 361 200 Franken an Kantonsbeiträgen (CHF 505 200.–) unterstützt.
Mit der Grobuntersuchung Förderung Regionaler Spezialitäten (VoL00062) konnten die Wirkung des Staatsbeitrages im Teilprodukt Regionale Vermarktung überprüft und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden. Ende November hat das LANA im Auftrag einer bernischen Trägerschaft aus sieben regionalen Gruppierungen beim Bund ein Gesuch um Unterstützung des Projekts «Berner Regionalprodukte» eingereicht. Gestützt auf die neue Landwirtschaftliche Absatzverordnung des Bundes (SR 916.010) geht es bei diesem Projekt um die finanzielle Unterstützung eines Absatzförderungsvorhabens auf überregionaler und kantonaler Ebene. Gemäss dem Finanzierungsplan dieses Vorhabens sollen für vier Jahre (2004–2007) Finanzmittel von insgesamt bis zu elf Millionen Franken generiert werden. Das vom LANA unterstützte Projekt «Erhaltung der Wertschöpfung aus der Milch» konnte Ende April erfolgreich, d. h. mit einigem praktischen Nutzen für die Produzenten- und Verwerterschaft, abgeschlossen werden.
Zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen konnten 15,0 Millionen Franken (CHF 13,8 Mio.) an kantonalen Strukturverbesserungsbeiträgen sowie 16,7 Millionen Franken an Bundesbeiträgen zugesichert werden. Gesamthaft wurde so ein Bauvolumen von 69,3 Millionen Franken mit Meliorationsbeiträgen ausgelöst. 31 Prozent (44%) der kantonalen Beiträge flossen in Hochbauprojekte, 69 Prozent wurden für Projekte im Bereich Tiefbau eingesetzt. Die Zahl der Beitragsgesuche ging im Vergleich zum Vorjahr im Hochbau um 15 Prozent zurück, erhöhte sich demgegenüber im Tiefbau um 50 Prozent. Im vergangenen Jahren wurden 685 000 Franken in reine Ökomassnahmen investiert.
Im Tiefbau lag das Schwergewicht bei gemeinschaftlichen Weganlagen (Hofzufahrten), Gesamtmeliorationen und Wasserversorgungen. Es wurden auch zahlreiche Projekte zur ökologischen Vernetzung realisiert, namentlich ökologische Begleitplanungen, Renaturierungen von Fliessgewässern im Rahmen laufender Gesamtmeliorationen, Ersatzmassnahmen wie die Errichtung von Feucht- und Trockengebieten oder das Pflanzen von Hochstämmen und Hecken. Rund 37 Prozent (18%) aller zugesicherten Kantonskredite gingen ins Emmental, rund 29 Prozent (38 %) ins Oberland, rund 18 Prozent (11%) ins Mittelland, rund 12 Prozent (23%) in den Berner Jura und die restlichen 4 Prozent (10%) ins Seeland.
Bei der Bernischen Stiftung für Agrarkredite (BAK) gingen im Jahr 2003 total 515 Gesuche für zinslose, rückzahlbare Investitionskredite sowie für Baukredite an Körperschaften im Berggebiet ein. Das zuständige Organ der BAK bewilligte 58,3 Millionen Franken Darlehen und Baukredite. Inbegriffen ist auch eine Darlehensbewilligung gemäss dem Bundesgesetz über den Wald.
Mit dem Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten und den ergänzenden kantonalen Erlassen konnten im Jahr 2003 52 Beitragsgesuche bewilligt werden. Dadurch wurden 62 Wohnbausanierungen finanziell unterstützt. Die bewilligten Kantonsbeiträge von 318 750 Franken machten durchschnittlich 23,6 Prozent des Gesamtbeitrages aus. Zusammen mit den Beiträgen des Bundes und der Gemeinden wurde ein Bauvolumen von 14,78 Millionen Franken unterstützt.

Seit 1995 werden in der Schweiz Krankheiten, die gemäss Tierseuchenverordnung den auszurottenden Seuchen zugeordnet werden, regelmässig mittels Stichprobenuntersuchungen überwacht. Die Resultate dieser Untersuchungen stellen einen permanenten Qualitätsausweis des hohen Standards der Schweizer Tierhaltung dar und geben der Bevölkerung die gewünschte Sicherheit, Produkte von Tieren mit einem ausgewiesenen Gesundheitsstatus zu erwerben. Die 2003 im Kanton Bern durchgeführten Untersuchungen in Rindvieh-, Schaf-, Ziegen- und Schweinebeständen auf verschiedene virale und bakterielle Krankheitserreger zeitigten durchwegs negative Ergebnisse.
Mit der Sanierung des Berner Oberlandes konnte die 1996 begonnene Bekämpfung der ansteckenden Lungenentzündungen EP und APP in den bernischen Schweinebeständen abgeschlossen werden. Mittels gezielter Überwachungsmassnahmen gilt es, künftig diesen hervorragenden Gesundheitsstatus zu erhalten.
Bei der BSE mussten noch zwei positive Fälle registriert werden, weitere 13 Verdachtsfälle wurden mit negativen Resultaten abgeklärt.
Als Abgeltung für gemeinwirtschaftliche Leistungen wurden insgesamt 486,5 Millionen Franken an Direktzahlungen und Beiträgen (22 Massnahmen) an die bernischen Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ausgerichtet. Davon entfielen 4,8 Millionen Franken auf Kantonsbeiträge (1%). 12 617 Betriebe erfüllten den ökologischen Leistungsnachweis und waren somit beitragsberechtigt gemäss Direktzahlungsverordnung des Bundes. Der Anteil der Biobetriebe ist auf 11,1 Prozent gestiegen (+ 0,4%).

3.2.2.2 *Lebensgrundlagen, Lebensgemeinschaften*

Für die Abgeltung von ökologischen Ausgleichsmassnahmen auf einer Gesamtfläche von insgesamt 14 534 Hektaren und für die 422 226 ökologisch wertvollen Hochstamm-Feldobstbäume wurden 17,7 Millionen Franken an Bundesbeiträgen ausgerichtet.
Die Beitragsauszahlungen für die Umstellung auf bodenschonende Anbausysteme sind seit 2002 auf 600 000 Franken begrenzt. Gegen fünf Prozent der offenen Ackerfläche des Kantons Bern werden vertraglich ohne Pflug bestellt. Dies entspricht 458 Betrieben mit einer Vertragsfläche von 2485 Hektaren. Die entsprechende Warteliste umfasst über 40 neue Betriebe. Das Nitrat-Pilotprojekt Walliswil (Oberaargau) steht im vierten von zehn Jahren. Der Nitratgehalt weist eine tendenzielle Abnahme seit Projektbeginn auf. Auf Grund des aussergewöhnlichen Maikäferbefalls in der Region Interlaken ist die biologische Bekämpfung von Engerlingen mit dem Pilz Beauveria brogniartii auf einer Fläche von 120 Hektaren mit Erfolg durchgeführt worden. Um die Verbreitung des giftigen Jakobskreuzkrautes zu verhindern, wurden die Landwirtinnen und Landwirte mittels Kursen, Flurbegehungen und über die Presse informiert. Gemeinsam mit der FAL-Reckenholz wurden in der Region Rüeggisberg dazu Bekämpfungsmassnahmen im Feld erprobt. Der Feuerbrand, die gefährlichste Bakterienkrankheit des Kernobstes, hat sich 2003 im Kanton Bern weiter ausgebreitet und gefährdet nun den Erwerbsobstbau. Auch zahlreiche wertvolle Hochstämme waren betroffen. Insgesamt mussten 1379 Pflanzen gerodet werden, der grösste Teil in Obstanlagen der Region Emmental. Der Überwachungsaufwand war so gross wie noch nie.

3.2.2.3 *Landschaftsbild, Kulturlandschaft*

An 75 lokale oder regionale Trägerschaften konnten Beiträge für ökologische Ausgleichsmassnahmen von insgesamt 606 787 Franken ausbezahlt werden. Der Kantonsanteil beträgt rund 73 Prozent. Mit diesen Beträgen wurden 595 Hektaren ökologische Ausgleichsflächen, 1793 Einzelbäume und 26 450 Hochstamm-Feldobstbäume gefördert. Gestützt auf die Ökoqualitätsverordnung des Bundes konnte eine Gesamtfläche mit besonderer Ökoqualität von

1038 Hektaren mit Beiträgen unterstützt werden. 1175 Bewirtschafter erhielten insgesamt 864 206 Franken. Für 16 402 Hektaren Steillagen mit Mähnutzung in der voralpinen Hügelzone und im Berggebiet wurden an 5915 Bewirtschafter 4,26 Millionen Franken kantonale Hangbeiträge ausbezahlt.

3.2.2.4 *Bäuerliches Selbstverständnis, Bildung und Beratung*

Basierend auf der «Strategischen Aufgabenüberprüfung» wurde der Schliessungsentscheid des Standortes Schwand-Münsingen gefällt. Die bisher am Schwand geführten landwirtschaftlichen Ausbildungsgänge werden auf Herbst 2005 auf die Rütti in Zollikofen verlegt, die hauswirtschaftliche Aus- und Weiterbildung wird auf die Standorte Hondrich und Waldhof-Langenthal aufgeteilt. Die hohe Qualität der Dienstleistungen soll durch diese Restrukturierungsmassnahmen nicht in Frage gestellt werden.
Mit 369 landwirtschaftlichen Lehrverhältnissen war die Zahl der Lehrlinge erstmals seit längerem wieder höher als im Vorjahr (+ 20). Gleichzeitig ist die Nachfrage nach einem speziellen Ausbildungsgang für eine landwirtschaftliche Zweitausbildung weiterhin steigend. Dank genügender Nachfrage war es nach einem einjährigen Unterbruch im Berichtsjahr erfreulicherweise wieder möglich, die Spezialausbildung zum Bio-Landwirt durchzuführen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 174 Personen das eidgenössische Fähigkeitszeugnis entgegennehmen.
Erstmals wird auch die Berufsschule für Pferdeberufe in interkantonaler Zusammenarbeit am Inforama geführt. Bereits einen hohen Stellenwert hat die neue zweijährige Attestausbildung erhalten. 26 Personen sind neu in diesen verkürzten Ausbildungsgang für eher praktisch Begabte eingestiegen und erhalten so die Möglichkeit einer ersten breiten Grundbildung in einem landwirtschaftlichen Ausbildungsbetrieb.
Aus dem Baukasten zu höheren Berufsabschlüssen wurden insgesamt 49 Module mit über 5000 Teilnehmertagen durchgeführt. 54 Personen haben die höhere Berufsprüfung und 47 Personen die eidgenössische Meisterprüfung erfolgreich abgeschlossen.
Der land- und hauswirtschaftliche Beratungsdienst überarbeitete im Berichtsjahr seine Angebotspalette. Im veränderten agrarpolitischen Umfeld werden die Fragestellungen der Kundinnen und Kunden vielschichtiger und komplexer. Deshalb wurde bestimmt, dass nebst den Generalistinnen und Generalisten an den regionalen Beratungsstandorten ein Netz von Spezialistinnen und Spezialisten in den verschiedenen Beratungsbereichen aufgebaut wird mit dem Ziel, auf die veränderten Kundenbedürfnisse optimal eingehen zu können. Als neue, moderne Beratungsform wurden die Arbeitskreise Futterbau lanciert und sehr erfolgreich eingeführt. Die Fragestellungen der Landwirtinnen und Landwirte waren stark durch die Entwicklungen im wirtschaftlichen Umfeld geprägt. Fragen zur Umstellung und Neuausrichtung des Betriebs sowie zur wirtschaftlichen Existenz standen vermehrt im Vordergrund. Der Beratungsdienst engagierte sich weiter bei Vernetzungsprojekten im Rahmen der Umsetzung der Ökoqualitätsverordnung des Bundes.
Die Ausbildung zur Bäuerin mit eidgenössischem Fachausweis in modularer Form findet Anklang. 2003 holten sich 113 Frauen vielfältige Kompetenzen in zeitgemässer Land- und Hauswirtschaft. Diese Ausbildung erfolgt zum Teil in berufsbegleitenden Kursen (1 Schultag pro Woche). In der Betriebsleiterinnenschule konnte das Modul «Bäuerlicher Haushalt und Gesellschaft» Anfang 2003 an der Hauswirtschaftsschule Waldhof erfolgreich durchgeführt werden. Das Angebot wurde mit den Kantonen Solothurn, Luzern, Aargau und Basel-Land koordiniert. Im Berichtsjahr besuchten über 1200 Personen im ländlichen Raum einen oder mehrere Weiterbildungskurse am INFORAMA im Bereich der Hauswirtschaft. Seit Schuljahr 2003/04 wird noch eine Berufsschulklasse am INFORAMA Waldhof mit 20 Auszubildenden im ersten Lehrjahr geführt. Die meisten davon absolvieren das Grundlehrjahr in einem bäuerlichen Haushalt. Im Ökopraktikum hatten von den 15 Praktikantinnen und Praktikanten Ende des Schuljahres 14 eine zugesicherte Lehrstelle.
Im Fachbereich Gemüsebau haben alle 17 Gemüsegärtnerlehrlinge die Lehrabschlussprüfung erfolgreich bestanden. Im jetzigen Gemüsegärtner-Ausbildungsgang stehen 23 Lehrlinge. Das modulare System in der gemüsebaulichen Weiterbildung wurde im vergangenen Jahr reorganisiert und neu gestartet. Im Übrigen wurde im Berichtsjahr 60 jungen Agro-Ingenieuren aus Osteuropa, die 18 Monate auf einem Schweizer Gemüsebaubetrieb arbeiten, während drei Wochen gemüsebaulicher Fachunterricht erteilt.
Am Milch- und Lebensmittelzentrum Rütti (MLZ) wurde die Fachschule zum letzten Mal durchgeführt. Die endgültige Schliessung des MLZ ist auf Ende 2004 terminiert. Der Milchwirtschaftliche Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD-Bern) konnte mit Ausbildung und Beratung einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des hohen Niveaus der Milch- und Käsequalität leisten.

3.2.2.5 *Eigenverantwortung, Administration*

Im gemeinsamen Agrarinformationssystem GELAN der Kantone Bern, Freiburg und Solothurn konnte das Modul Personenverwaltung erfolgreich eingeführt werden. Die Verarbeitung der Direktzahlungen erfolgte termingerecht. Zusätzlich zu der Akontozahlung und der Hauptzahlung erfolgte im Oktober eine zweite Akontozahlung als Sonderaktion in Folge der Trockenheit.
Intensiv wurde am Projekt «Integration des Amtes für Natur» gearbeitet. Die Arbeiten sind so weit vorangetrieben worden, dass das neue Amt für Landwirtschaft und Natur auf den 1. Januar 2004 die operative Tätigkeit aufnehmen konnte.

3.2.3 **Amt für wirtschaftliche Entwicklung (KAWE)**

Am 1. Mai 2003 wurden das KAWE und das KIGA zum beco Berner Wirtschaft zusammengeschlossen. Für Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und -nehmer sowie Arbeitgeberinnen und -geber wurde damit in der Kantonsverwaltung ein einziger Ansprechpartner für Fragen der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsmarktes, des Immissionsschutzes, der Wirtschaftsförderung sowie des Tourismus und der Regionalpolitik geschaffen. Innerhalb von vier Monaten sind die neuen Strukturen entstanden und die Geschäftsleitung sowie die Leiterinnen und Leiter der Fachbereiche gewählt worden.

3.2.3.1 *Allgemeine Massnahmen zu Gunsten der Wirtschaft*

Verschiedene Projekte, die auf dem Bericht des Wirtschaftsrats aus dem Jahr 2001 aufbauen, wurden weitergeführt. Zentrale Voraussetzung für eine frühzeitige, wachstumsorientierte Priorisierung der öffentlichen Investitionstätigkeit ist die Existenz einer flächendeckenden Investitionsplanung. Diese ist bis spätestens Ende 2004 aufzubauen. In der Übergangsphase werden Investitionsvorhaben ab einem Netto-Investitionsvolumen von einer Million Franken einzelfallweise aus Wachstumsoptik bewertet. Im Jahr 2003 hat die Volkswirtschaftsdirektion 21 Projekte mit einem Investitionsanteil des Kantons von mehr als 180 Millionen Franken beurteilt. Rund 45 Prozent der beurteilten Projekte haben eine mittlere bis hohe Wachstumswirkung.
Unter dem Titel «Überprüfung von Verfahren und Vorschriften» wurden Massnahmen zur Straffung der staatlichen Verfahren und eine Verbesserung der Kundenbeziehungen zwischen der Verwaltung und den Unternehmen eingeleitet. Erste konkrete Massnahmen sind etwa die Schaffung eines Koordinators Unternehmenssteuern bei der kantonalen Steuerverwaltung oder die systematische Kontaktpflege des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes mit wichtigen Kundensegmenten. Eine besondere Bedeutung hat das Kern-

team Grossprojekte. Damit verfügt der Kanton Bern über Strukturen zur Begleitung von Initianten, Investoren und Gemeinden bei der Realisierung von grossen Projektvorhaben. Das Kernteam Grossprojekte, in dem die Leiter kantonaler Ämter und Abteilungen in den Bereichen Wirtschaft, Planung, Umweltschutz und Steuern vertreten sind, kann einen kantonalen Ansprechpartner bezeichnen und dessen Aufgaben in einem Pflichtenheft festhalten. Somit ist sichergestellt, dass der Kontakt zur Kantonsverwaltung für die Initianten, Investoren und Gemeindebehörden personifiziert ist. Die Verwaltung bekommt ein Gesicht. Aktuell werden zwölf Grossprojekte durch besondere Ansprechpartner aus der Kantonsverwaltung betreut. Der Mystery Park Interlaken, die Golf-Anlage der Migros in Münchenbuchsee oder der Cargo Terminal in Wiler/Utzenstorf sind Beispiele für erfolgreiche Projektrealisierungen.
Im Mai wurde der Bericht zur Wirtschaftslage veröffentlicht, der die aktuellsten Informationen – unter anderem aus der letzten Betriebszählung – zusammenstellt und analysiert. Zudem wurden die Arbeiten an einem Bericht zur Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie aufgenommen.

3.2.3.2 *Regionale Entwicklung*

Die Verlagerung der Förderung von der Basis- zur Entwicklungsinfrastruktur wurde weitergeführt. Der Umfang der Förderung bewegt sich auf dem Niveau der Vorjahre.
Die Kriterien zur Förderung touristischer Bergbahnen wurden den aktuellen Marktverhältnissen angepasst. Bahnen werden nur noch unterstützt, wenn sie sich verstärkt zur regionalen Zusammenarbeit verpflichten. Investitionshilfedarlehen setzen künftig Strukturbereinigungen in Form von Kooperationen oder Fusionen voraus. Betriebe, die sich nicht zur Zusammenarbeit mit der Destination oder dem Wintersportgebiet bekennen, werden grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen. Die neuen Kriterien gelten seit Beginn der Wintersaison 2003/04.
Mit den Gewinnern des Nutzungswettbewerbs für den Gutsbetrieb Tägermatt konnten die erforderlichen Verträge abgeschlossen werden. Nachdem die Trägerschaft im Sommer eine schwierige Phase durchlief, ist das Projekt nun wieder auf Kurs.

3.2.3.3 *Tourismus*

Mit der Destination Lenk Simmental konnte die Bildung von Destinationen im Berner Oberland abgeschlossen werden. Damit sind neun schlagkräftige orts- und teils kantonsübergreifende Organisationen entstanden. Die Volkswirtschaftsdirektion hat mit den einzelnen Destinationen individuelle Leistungsaufträge abgeschlossen, welche die Ziele, Massnahmen sowie die Indikatoren für das Controlling beinhalten. Schwerpunkte dieser Verträge sind Kooperations- und Destinationsbildung, Qualitätsoffensive, touristische Schwerpunktbereiche, professionelles Rechnungswesen, Klassifizierung der Ferienwohnungen sowie Propagierung des Labels «Safety in Adventure». Im Berner Mittelland wurden die Gespräche über die Bildung von Destinationen weitergeführt. Im Jura sind die Volkswirtschaftsdirektionen der beiden Kantone Jura und Bern übereingekommen, ein gemeinsames Projekt für eine vertiefte Zusammenarbeit im Tourismus an die Hand zu nehmen.
Die Arbeiten an der Revision des Gesetzes über die Förderung des Tourismus wurden weitergeführt. Auf Grund einer vertieften Analyse des Reformbedarfs und der Entwicklung auf Bundesebene wurde auf die im letzten Verwaltungsbericht angekündigte Ausdehnung der Gesetzgebung auf den Bereich der regionalen Entwicklung verzichtet. Auf Bundesebene wurde der Tourismusbericht und die damit verbundene Revision der Gesetzgebung über die Förderung der Hotellerie beraten und in Kraft gesetzt.
Die Nachfrage nach Förderleistungen war sowohl bei der Infrastruktur als auch bei der Hotelförderung wie in den Vorjahren sehr gering. Ursachen sind die beschränkten Investitionsmöglichkeiten sowohl der öffentlichen Hand wie auch der privaten Investorinnen und Investoren in der Hotellerie.

3.2.3.4 *Wohnungswesen*

Im Rahmen der Strategischen Aufgabenüberprüfung (SAR) hat der Regierungsrat beschlossen, keine neue kantonale Wohnbauförderung aufzubauen. Zur Umsetzung hat der Grosse Rat in der April-Session eine Revision des Gesetzes über die Verbesserung des Wohnungsangebotes und des Dekrets über die Wohnbau- und Eigentumsförderung beschlossen. Die Revision trat per 1. Januar 2004 in Kraft. Bereits zugesicherte Leistungen laufen bis längstens ins Jahr 2025 weiter. Weiterhin mit Beiträgen unterstützt wird die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten. Der Vollzug dieser Massnahme liegt beim Amt für Landwirtschaft.

3.2.3.5 *Wirtschaftsförderung (WFB)*

Die WFB hat insgesamt 67 Projekte gefördert, die mittelfristig rund 950 neue Arbeitsplätze schaffen und rund 360 Millionen Franken Investitionen auslösen sollen. Nicht enthalten sind in dieser Zahl die allgemeinen Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen für Unternehmen, die 2003 zunahmen. Gegenüber dem Vorjahr wurden 52 Prozent mehr bestehende bernische Unternehmen gefördert. Die Zahl der durch die WFB unterstützten Neugründungen nahm zu. Unter den 67 geförderten Unternehmen finden sich 41 bestehende und 17 neu gegründete Unternehmen.
Von den in den Jahren 1998–2000 unterstützten Projekten wurden 81 Prozent realisiert (Stichtag 31.12.02). Bis Ende 2002 wurden in diesen Projekten bereits 72 Prozent der geplanten Arbeitsplätze geschaffen. Die realisierten Investitionen sind deutlich höher (147%) als bei Projektstart angenommen.
In der Standortpromotion im Ausland konzentriert sich die WFB auf die Zielländer USA, Deutschland, Italien und seit 2003 auch Frankreich. Insgesamt wurden ca. 500 Kontakte mit Unternehmen realisiert. In der Folge besuchten 55 Unternehmen den Kanton Bern, um die Möglichkeit einer Ansiedlung zu evaluieren. Im letzten Jahr hat die WFB dazu beigetragen, dass neun Unternehmen aus dem In- und Ausland einen neuen Firmensitz im Kanton Bern gewählt haben. Die Ansiedlungen verstärken die Schwerpunktbranchen des Kantons Bern: Präzisionsindustrie, Medizinaltechnik und Telekommunikation.
Die meisten geförderten Projekte stammen wie im Vorjahr aus den Regionen Biel-Seeland (21) und Bern (20). Im Berner Jura konnten 13 Projekte gefördert werden, im Oberaargau und im Emmental jeweils vier sowie in der Region Thun-Berner Oberland fünf. Realisiert werden konnten zum Beispiel Projekte mit den Firmen Tofwerk in Thun, Servicos in Aarberg, ITgroupware in Langenthal, NetModule in Niederwangen, Genesis Communication in Ostermundigen, TOGEWAnet in Bern und Precitrame in Tramelan.
Die Berichterstattung zum Leistungscontrolling der WFB findet sich in der Staatsrechnung.

3.2.4 **Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)**

Über den Zusammenschluss des KIGA und des KAWE zum neuen beco Berner Wirtschaft wird unter der Ziffer 3.2.3 beim Amt für wirtschaftliche Entwicklung (KAWE) Bericht erstattet.

3.2.4.1 *Arbeitsmarkt*

Die Arbeitslosenquote ist im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr massiv angestiegen. Sie stieg von 2,7 Prozent (Dezember 2002) auf

3,2 Prozent (Dezember 2003). Auch die Zahl der Stellensuchenden stieg stark an (von 3,9% auf 4,6%). Der Kanton Bern ist damit rund ein Prozent tiefer als der gesamtschweizerische Durchschnitt. In absoluten Zahlen bedeutet dies Ende 2003 16908 Arbeitslose und 24148 Stellensuchende.
Die Arbeitslosenquote widerspiegelt die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Verschiedene, im Sommer und Herbst 2003 angekündigte Personalabbaumassnahmen bernischer Unternehmen wirkten sich gegen Ende des Jahres aus, und die Zahl der offenen Stellen blieb rückläufig.
Der Höchststand der Arbeitslosigkeit ist indessen noch nicht erreicht. Es ist davon auszugehen, dass trotz sich abzeichnender wirtschaftlicher Erholung mit einem weiteren Anstieg zu Beginn des Jahres 2004 zu rechnen ist. Das für den Kanton Bern prognostizierte Jahreswachstum des BIP von 1,2 Prozent (BAK) wird voraussichtlich frühestens in der zweiten Jahreshälfte auf dem Arbeitsmarkt spürbar werden.
Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen bewog den mit dem Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) betrauten Geschäftsbereich Arbeitsvermittlung, zahlreiche Stellen zu schaffen, die über die Arbeitslosenversicherung finanziert sind. Per Ende 2003 waren 386 Personen und somit 34 Prozent mehr beschäftigt als Ende 2002. Mit dem zusätzlichen Personal konnte die Arbeitsbelastung im Griff behalten werden. Indikator ist die Anzahl Klientinnen und Klienten je RAV-Beraterin und -Berater. Bei einem Richtwert von 120 waren es Ende 2003 durchschnittlich 125.
Die Arbeitslosenkasse wurde durch die steigenden Arbeitslosenzahlen ebenfalls stark belastet. Allein im Dezember wurden 16000 Auszahlungen vorgenommen; der Umsatz im letzten Jahr betrug 343 Millionen Franken. Für die Jahre 2004 bis 2008 wurde mit dem seco eine neue Leistungsvereinbarung abgeschlossen.
Sowohl die Arbeitsvermittlung als auch die Arbeitslosenkasse erhielten für ihre Leistungen im Jahr 2002 einen Bonus zugesprochen. Dieser wird vor allem zu Gunsten des Personals eingesetzt, unter anderem für Personal- und Teamentwicklung sowie für die Weiterbildung. Individuelle Prämien sind dagegen auf Grund des bernischen Personalrechts nicht möglich.

3.2.4.2 *Arbeitnehmerschutz, Handel und Gewerbe*

Sowohl für den Bau als auch für die Einrichtung von Industrie- und Gewerbeanlagen wurden mehr Gesuche bezüglich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz beurteilt. Insgesamt sind 803 Gesuche (Vorjahr 722) behandelt worden. Gesamthaft wurden 650 (Vorjahr 813) Betriebskontrollen durchgeführt. Darunter befanden sich 324 (Vorjahr 440) Sicherheitsaudits nach den Vorgaben der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS). Es wurden keine gravierenden Mängel festgestellt, jedoch zeigte sich, dass noch viel Arbeit bei der Umsetzung der EKAS-Richtlinien erforderlich ist.
2003 sind das Bundesgesetz vom 23. März 2001 über das Gewerbe der Reisenden (RGG) und das Bundesgesetz vom 6. März 2001 über den Konsumkredit (KKG) in Kraft getreten. Das kantonale Verfahren für die Bewilligung des Gewährens und Vermittelns von Darlehen und Krediten wurde neu geregelt. Ab 1. Januar 2004 müssen die Gesuchstellenden fachliche Anforderungen des Bundesrechts erfüllen. Die Reisendenbewilligungen werden von den Regierungsstatthalterämtern und die Bewilligungen für Schausteller und Zirkusbetreiber vom beco ausgestellt. Die Einführung war ohne grössere Probleme möglich.
Die Zahl der Voranmeldungen für Kurzarbeit hat gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen. Wegen der schlechten Witterung in den Monaten Februar und März haben auch die Meldungen über vorübergehende Arbeitsausfälle eine starke Steigerung erfahren.
Im zweiten Jahr der bilateralen Verträge blieb die Anzahl der Gesuche für ausländische Erwerbstätige konstant, erneut war keine starke Zuwanderung festzustellen.
Die Arbeitsaufsicht beim beco hat durch die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit total 1753 Meldungen bearbeitet. Eingerechnet sind die Rapporte der Baustellenkontrolle des Bauhaupt- und Nebengewerbes in der Region Bern. Die Meldungen wurden beurteilt und den zuständigen Vollzugsstellen überwiesen. Die Meldungen bei der Koordinationsstelle lösten 88 Strafanzeigen aus. Die meisten Verstösse waren im Ausländerrecht zu verzeichnen. Ein weiterer Schwerpunkt waren Aktionen und Kampagnen in der Öffentlichkeit zur Prävention.
In Biel hat die Chronometerkontrolle für die Uhrenindustrie total 463'332 Uhrwerke kontrolliert. Das Vorjahresergebnis (528000) wurde nicht mehr erreicht.

3.2.4.3 *Immissionsschutz*

Die Luftqualität im Jahr 2003 war geprägt von verschiedenen Perioden mit teils sehr hohen Schadstoffgehalten. Im Winter führten lang andauernde Kälteperioden zu einem markanten Anstieg der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung. Im Sommer waren im Kanton Bern wie auch in den anderen Kantonen bezüglich des Ozons Rekordbelastungen zu verzeichnen. Dabei wurde der Grenzwert an einzelnen Standorten während bis zu 800 Stunden überschritten. Um dem verstärkten Informationsbedarf bezüglich Ozons Rechnung zu tragen, wurden ein SMS-Dienst sowie eine Informationsplattform im Internet eingerichtet.
Sowohl die Ozonbelastungen im Sommer als auch die Belastungen mit Stickstoffdioxid und lungengängigem Feinstaub sind eine Folge der Schadstoffemissionen, welche insbesondere bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehen. Die mit dem Massnahmenplan zur Luftreinhaltung eingeleiteten Massnahmen zeigen Wirkung: Die hauptsächlich aus dem motorisierten Verkehr stammenden Stickoxide konnten um rund 40 Prozent und diejenigen aus Industrie und Gewerbe stammenden Lösungsmittel um rund 50 Prozent reduziert werden.
Das Fahrleistungsmodell (FLM) wurde im Rahmen von verschiedenen wichtigen Projekten (Brünnen, Wankdorf) weiter konsolidiert. Gesuchstellende und Umweltorganisationen anerkennen das FLM als innovative Lösung in der Abstimmung zwischen Luftreinhaltung und Raumplanung. Bund und andere Kantone sind am FLM interessiert. Zur Förderung nachhaltiger Mobilität in den Gemeinden wurde eine Internet-Plattform mit Beispielen innovativer Mobilitätslösungen aufgebaut.
Im Bereich Industrie und Gewerbe wurden 250 Gesuche hinsichtlich Luftreinhaltung, Lärmschutz und Störfallvorsorge bearbeitet sowie 220 neue Standorte für Mobilfunkantennen beurteilt. Ferner wurden im Berichtsjahr rund 60000 Öl- und Gasfeuerungen durch die Gemeinden (Feuerungskontrolle) kontrolliert.

3.2.5 **Amt für Wald (KAWA)**

Mit dem Ziel, die noch intakten Wälder vor Folgeschäden durch Borkenkäfer zu schützen, wurde die Käferbekämpfung im Berichtsjahr konsequent und intensiv fortgeführt. Die extreme Witterung mit anhaltender Trockenheit und wochenlanger Hitze führte zu einer viel stärkeren Entwicklung der Käferpopulation als ursprünglich erwartet wurde. Zudem wurden als Folge der Trockenheit die Widerstandskraft der Bäume und ihre Abwehrmechanismen gegen Borkenkäfer geschwächt. Das Hauptschadengebiet liegt im westlichen Oberland. Der starke Käferbefall zwang dazu, scharfe Prioritäten zu setzen. Im Jahr 2003 wurde das Aufrüsten von rund 360000 Kubikmeter Käferholz mit Beiträgen unterstützt. In Gebieten, in denen der Forstdienst keine Forstschutzmassnahmen angeordnet und mit Beiträgen unterstützt hat, haben sich Käfernester zu flächigen Schäden mit absterbenden und toten Bäumen ausgedehnt. Das Landschaftsbild ist dadurch gravierend gestört.
Ab 2004 wird die staatlich unterstützte Käferbekämpfung einem

SAR-Beschluss entsprechend geografisch eingeschränkt; sie konzentriert sich neu auf den Berner Jura und den Voralpen- und Alpenraum. Im Hauptschadengebiet sind Sondermassnahmen zum Schutz der noch intakten Wälder mit wichtigen Schutzfunktionen geplant. Der Forstdienst erwartet einen weiteren starken Käferbefall. Mit gezielten Massnahmen und bei feuchter, für den Wald günstiger Witterung bestehen gute Erfolgsaussichten.

3.2.5.1 *Forstdienste*

Das Projekt GALILEO, welches sich mit der Frage der Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit in der bernischen Wald- und Holzwirtschaft befasst, wurde weiterverfolgt. Nach Abschluss des Expertenberichtes wurde bei interessierten Organisationen, Verbänden und innerhalb des Forstdienstes eine Vernehmlassung durchgeführt. Die daraus entstandenen Ergebnisse sind im Vernehmlassungsbericht festgehalten. In der Folge hat das Amt für Wald im Juni 2003 seine Position festgelegt. Das KAWA stützt die Vision der Experten im Grundsatz und will eine Mehrzahl der vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen. Insbesondere gilt es, die Entwicklung von eigentumsübergreifenden Bewirtschaftungsstrukturen zu fördern, die Fortschritte der Holzerntetechnik zu nutzen, die Pflege der Wälder mit wichtigen Schutz- und Wohlfahrtsleistungen gezielt auf diese Funktionen auszurichten und auf die Revision des Eidgenössischen Waldgesetzes Einfluss zu nehmen.
In acht Waldabteilungen waren zehn Regionale Waldpläne in Arbeit. Der Regierungsrat hat bisher vier davon genehmigt.

3.2.5.2 *Staatswälder*

Mit dem Projekt SIRIUS 10 wurden die Führungs- und Organisationsstrukturen im Staatsforstbetrieb überprüft und dem veränderten Umfeld in der Wald- und Holzwirtschaft angepasst. Die vom Amt für Wald eingesetzte Projektorganisation nahm die Arbeit zur Umsetzung des Organisationsentscheides der Volkswirtschaftsdirektion auf. Die Führungscrew des künftigen Staatsforstbetriebes wurde bestimmt, und das Überführungsverfahren für das Personal der Waldpflege wurde eingeleitet. Mit der Neuorganisation verbunden ist ein weiterer Stellenabbau über alle Stufen. Im Jahr 2004 sind die Staatswälder aus den Waldabteilungen herauszulösen und zu einer eigenständigen neuen Abteilung zusammenzufassen. Mit der neuen Abteilung Staatsforstbetrieb entsteht der grösste Forstbetrieb der Schweiz.

3.2.6 **Amt für Natur (ANAT)**

Folgende Schwerpunkte prägten das Berichtsjahr: Inkraftsetzung und Einführung der neuen Gesetzgebung über Jagd und Wildtierschutz; Weiterführung der Untersuchungen zu den Veränderungen an Geschlechtsorganen bei Felchen im Thunersee; Begleitung einer Vielzahl von Renaturierungsprojekten, die aus dem Renaturierungsfonds mit der Rekordsumme von insgesamt 5,6 Millionen Franken finanziert wurden (die Fondsmittel sind damit praktisch aufgebraucht), Vorbereitungsarbeiten zur Überführung der drei Inspektorate in das neue Amt für Landwirtschaft und Natur per 1. Januar 2004.

3.2.6.1 *Fischereiinspektorat (FI)*

Der Hitzesommer 2003 wirkte sich sehr stark auf die Gewässer aus. Wochenlang musste die Fischereiaufsicht gemeinsam mit vielen Helfern Fische aus abtrocknenden Bächen retten und in andere Gewässer umsetzen. Vor grossem Fischsterben blieb der Kanton Bern glücklicherweise verschont. Seitdem im Rhein Tausende ohnehin schon bestandesbedrohter Äschen eingingen, bildet die bernische Äschenpopulation in der Schadau bei Thun die wichtigste schweizerische Genreserve. Es ist deshalb erfreulich, dass für die Lösung der Hochwasserprobleme beim Ausfluss der Aare aus dem Thunersee auf eine Ausbaggerung in diesem national bedeutenden Laichgebiet verzichtet werden kann. Die Arbeiten zur Ermittlung der Ursachen des schweizweiten Bachforellenrückgangs (Projekt Fischnetz) wurden Ende 2003 abgeschlossen. Die Resultate wurden in einem Schlussbericht und an einem Symposium in Bern vorgestellt. Weiterhin wird nach den Ursachen für den Felchenrückgang im Brienzersee und den Gründen für die veränderten Geschlechtsorgane bei Felchen aus dem Thunersee gesucht. Solche Untersuchungen wären ohne die kantonalen Fischzuchtanlagen nicht durchführbar. Nach gemeinsamen Vorarbeiten mit den Regierungsstatthalterämtern wird die bisherige manuelle Ausgabe von Jahres- und Monatspatenten für Angelfischer neu per EDV erfolgen.

3.2.6.2 *Jagdinspektorat (JI)*

Auf den 1. Mai 2003 traten das neue Gesetz über Jagd und Wildtierschutz (JWG), die dazugehörige Jagdverordnung sowie die Verordnung über den Wildtierschutz (WTSchV) in Kraft. Einen Monat später folgten die Direktionsverordnung über die Jagd (JaDV) sowie die jährlich neu zu formulierenden Festlegungen für die Jagdperiode 2003 (Jagdordnung).
Die «Chasse à la carte» ermöglichte den Jagdberechtigten erstmals, aus einem vielfältigen Angebot von Patenten auszuwählen. Die Zulassungsbestimmungen wurden stark vereinfacht und der Zugang zur Berner Jagd namentlich für Ausserkantonale erleichtert. Eine deutliche Reduktion und Vereinfachung der Jagdvorschriften setzt auf eine verstärkte Eigenverantwortung der Jägerschaft. So wurde unter anderem auf die seit 1951 obligatorische Kontrolle erlegter Gämsen und Rehe verzichtet. Genauere Angaben zum Jagdverlauf werden in einem Abschusskontrollheft festgehalten und künftig nach Ende der Jagdperiode im Hinblick auf die Jagdplanung für das folgende Jahr ausgewertet.
Die neuen Jagdvorschriften sind vor allem von Jägerinnen und Jägern positiv aufgenommen worden.

3.2.6.3 *Naturschutzinspektorat (NSI)*

Der Bund setzte im Berichtsjahr die zweite Serie der Auenobjekte von nationaler Bedeutung sowie der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung in Kraft. Die Anzahl der Berner Objekte beträgt somit neu 49 (+ 11) resp. 96 (+ 30).
2003 konnten sieben neue Naturschutzgebiete geschaffen werden: Hochmoore Mirrenegg, Sortel, Hennenmoos, Buhüttli und Fischbachmösli; Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung Le Bain und Bärmatten.
Zum Schutz von Trockenstandorten bestehen per Ende des Jahres 1323 Bewirtschaftungsverträge auf 84 Prozent der gesamten Inventarfläche von 5215 Hektaren. Für Feuchtgebiete sind es 1018 Verträge auf 85 Prozent der insgesamt 5879 Hektaren Inventarfläche. Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter wurden mit Beiträgen von Bund und Kanton in der Höhe von 5,3 Millionen Franken entschädigt.
Für Lebensräume in Naturschutzgebieten und zum Schutz von besonders seltenen oder gefährdeten Tier- und Pflanzenarten wurden 43 Verträge sowie elf Waldverträge (Auengebiete) neu abgeschlossen (Total Verträge: 262).
8300 ha naturschützerisch wertvolle Waldgesellschaften konnten inventarisiert werden. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für regionale Waldplanungen.
Das NSI nahm zu 805 Projekten (2002: 874), Gesetzesvorlagen, parlamentarischen Vorstössen sowie Finanzgeschäften Stellung und erteilte 212 Bewilligungen.

3.3 Personal

3.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2003

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Generalsekretariat	16	14	15,52	11,50	27,02
Amt für Landwirtschaft	197	137	172,86	88,46	261,31
Amt für wirtschaftliche Entwicklung	11	12	10,00	8,90	18,90
Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit	49	18	45,70	16,05	61,75
Amt für Wald	111	17	105,05	11,30	116,35
Amt für Natur	69	8	67,60	6,40	74,00
Total per 31. 12. 2003	453	206	416,72	142,61	559,33
Vergleich zum Vorjahr	468	206	429,08	145,87	574,95

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Personal für die Waldpflege:					
Amt für Wald	210	10	82,98	1,26	84,24
Waldabteilung 3	24	–	8,43	–	8,43
NEF-Betriebe:					
Molkereischule Rütti	26	7	24,50	5,69	30,19
Wirtschaftsförderung	6	8	6,00	6,90	12,90
Waldabteilung 3	9	1	6,00	0,40	6,40
Total per 31. 12. 2003	275	26	127,91	14,25	142,16
Vergleich zum Vorjahr	288	29	146,83	17,81	164,64

Besetzung Fondsstellen und Stellen aus Drittfinanzierungen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Arbeitsmarktfonds	–	–	–	–	–
LOTHAR	2	–	2,00	–	2,00
Tierseuchenkasse	5	2	1,94	0,96	2,90
Arbeitslosenkasse	47	43	45,70	38,72	84,42
Regionale Arbeitsvermittlung (RAV)	192	186	185,54	163,28	348,82
Logistik Arbeitsmarkt (LAM)	–	–	–	–	–
Kant. Amtsstelle nach AVIG (KAS)	–	–	–	–	–
Total per 31. 12. 2003	246	231	235,18	202,93	438,14
Vergleich zum Vorjahr	194	173	185,28	150,04	335,32

[1] Die fremdfinanzierten Stellen Logistik Arbeitsmarkt (LAM) und Kant. Amtsstelle nach AVIG (KAS) wurden ins Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit überführt.

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2003

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool
VOL RR RP Transit			– 800,000
Generalsekretariat	3 092,484	2 866,250	226,234
Amt für Landwirtschaft	29 222,000	24 963,928	3 458,068
Amt für wirtschaftliche Entwicklung	1 922,004	1 846,400	75,604
Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit	6 037,800	5 471,283	566,517
Amt für Wald	12 258,828	11 234,280	1 024,548
Amt für Natur	6 895,392	6 942,066	– 46,674
Total Direktion	59 428,508	53 324,207	4 504,297
Vergleich zum Vorjahr	59 498,508	55 042,135	4 096,373

3.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Ende Oktober 2003 trat der Generalsekretär, Fürsprecher Ruedi Schneider, zurück. Als Nachfolger ernannte der Regierungsrat den bisherigen stellvertretenden Generalsekretär, Dr. Albert Rösti, und zu dessen Nachfolger Peter K. Geiger, lic. iur. Auf den 1. Mai 2003 erfolgte die Ernennung von Adrian Studer zum Vorsteher des neuen Amtes für Berner Wirtschaft (beco).

3.3.3 Ausbildung

Im Berichtsjahr fanden für alle Mitarbeitenden halbtägige Schulungen für das neue Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch (MAG) statt, welches die Volkswirtschaftsdirektion in einem Pilotprojekt 2003 einführte. Anfang 2004 werden die Erfahrungen mit dem neuen Instrument in einer Umfrage ermittelt.

3.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Die «Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in der Verwaltung des Kantons Bern» sind im Führungsalltag der Volkswirtschaftsdirektion weitgehend umgesetzt. Der Anteil der Frauen im höheren Kader konnte mit der Ernennung einer Abteilungsvorsteherin und der Ernennung einer Projektleiterin auf Direktionsstufe weiter erhöht werden. Der «jour fixe» der Volkswirtschaftsdirektorin wurde im Jahr 2003 weitergeführt.

3.3.5 Besondere Bemerkungen

Keine Bemerkungen.

3.4 Rechtsetzungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. Dezember 2003

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
3.4.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLwG)	1	1. L. April 2005, 2. L. Juni 2005
– Tourismusförderungsgesetz (TFG)	1	1. L. April 2005, 2. L. Juni 2005
– Arbeitsmarktgesetz (AMG)	5	
3.4.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
– Teilrevision Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG)	1	1. L. Juni 2005, 2. L. Nov. 2005
3.4.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
3.4.4 Andere Gründe		
Gesetz über die Verbesserung des Wohnungsangebotes (SAR-Erlass)	5	

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgezogen

3.5 Informatikprojekte

Dienststelle	Projekt/Anwendung	Investition TFr.	Produktionskosten bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
Generalsekretariat	VOL-Dokumentenmanagement und Archivierung [2]	850	[1]	[1]	2000–2003
4300.100	Umstellung auf Windows XP/Projekt RENO-VOL [3]	930	[1]	[1]	2002–2005
Amt für Landwirtschaft					
4310.102	GELAN [4]	3900	560	560	1999–2005

[1] Die Produktionskosten des Berichtsjahres sind im Gesamtaufwand der entsprechenden Organisationseinheit enthalten und können nicht separat ausgewiesen werden.
[2] Eingeführt. Projekt abgeschlossen. Wird als produktive Anwendung weitergenutzt.
[3] Umfasst alle Organisationseinheiten der Volkswirtschaftsdirektion und verläuft gemäss Planung im gesamtstaatlichen Projekt RENO.
[4] Informationssystem Agrardaten GELAN-2002, Projekt Espace Mittelland mit den Kantonen FR und SO.

3.6 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

3.6.1 Übersicht

Amt	ASP-Nr.	Kurzbezeichnung Staatsbeitrag	Det.-Grad/ Planjahr	Status	Folgeschritte
4350	VOL00011	Waldbau B/C, Erhaltung gefährdeter Schutzwälder	G/1999	gemeinsam mit VOL00017 in Arbeit	
4350	VOL00017	Schutz vor Naturgefahren: Lawinenverbauung, Hangrutschsicherung und vorbeugende Massnahmen	G/1999	Einbezug der Erfahrungen aus dem «Lawinenwinter 1999»; Bericht in Bearbeitung	
4310	VOL00062	Förderung regionaler Spezialitäten	G/2000	RRB Nr. 1955 vom 2. Juli 2003	keine
4340	VOL00103	Sondermassnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen	G/2001	RRB Nr. 1432 vom 21. Mai 2003	
4350	VOL00018	Aus- und Weiterbildung im Bereich Waldwirtschaft	G/2001	in Arbeit	
4350	VOL20085	Beiträge an die interkantonale Försterschule in Lyss	G/2001	in Arbeit	
4310	VOL00064	Förderung ökologischer Ausgleich, Gemeinden	G/2001	Wegen Überarbeitung der Rechtsgrundlagen aus Erfolgskontrollplan 2003 entfernt (RRB Nr. 3666 vom 17.12.2003)	
4310	VOL00090	Strukturverbesserungsbeiträge in der Landwirtschaft	G/2001	in Arbeit	
4331	VOL30077	Wirtschaftsförderung	G/2002	in Arbeit	
4350	VOL00010	Waldbau A (Jungwaldpflege)	G/2002	in Arbeit	
4350	VOL00015	Walderschliessung	G/2002	in Arbeit	
4350	VOL00016	Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen (Wald)	G/2002	in Arbeit	
4310	VOL0044	Beiträge für erschwerte Bewirtschaftung von Hang- und Steillagen sowie von Sömmerungsweiden	G/2003	In Arbeit	
4310	VOL0055	Landw. Buchhaltungsdienste	G/2003	Keine Erfolgskontrolle, da nicht als Staatsbeitrag eingestuft (RRB Nr. 3666 vom 17.12.2003)	
4350	VOL20086	Beiträge an die Wald- und Holzforschung	G/2003	in Arbeit	

3.6.2 Erläuterungen zu den einzelnen Erfolgskontrollen

Kurzbezeichnung des Staatsbeitrages gemäss Tabelle in 3.6.1	Sondermassnahmen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen
Umschreibung des Staatsbeitrags, sofern dies nicht klar aus der Kurzbezeichnung hervorgeht	Arbeitsmarktliche Massnahmen zur Steigerung der Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen wie Weiterbildungskurse, Einarbeitungszuschüsse, Wiedereingliederungsmassnahmen, Beiträge an Gründerzentren, Institutionen, Betriebe für Personen, welche keinen, noch keinen oder nicht mehr Anspruch auf ALV-finanzierte Beiträge und Massnahmen haben, wie vormals selbstständig Erwerbende, neu ins Erwerbsleben Einsteigende, Ausgesteuerte und Wiedereinsteiger
Wichtigste Ergebnisse der Erfolgskontrolle	– Eine ausreichende Rechtsgrundlage ist vorhanden. – Hauptziel 1: Vermittlungsfähigkeit von nicht anspruchsberechtigten Versicherten durch geeignete Massnahmen fördern und so die Arbeitslosigkeit mindern. – Hauptziel 2: Durch Förderbeiträge an Betriebe und Institutionen Arbeitsplätze erhalten oder deren Schaffung begünstigen. – Effektivität in Bezug auf das Wirkungsziel nicht messbar und nicht schätzbar, weil die Verminderung der Arbeitslosigkeit im Kanton Bern gleichzeitig von weiteren, teilweise nicht beeinflussbaren Grössen abhängt. – Nachgewiesene Effizienz. Die Massnahmen erreichen die vereinbarten Leistungsziele. Sie richten sich nach den Vorgaben der Arbeitslosenversicherung. – Kantonsseitig ein zweckmässiger und effizienter Vollzug.
Wichtigste Umsetzungsmassnahmen und Folgeschritte	Es sind keine weiteren Umsetzungsmassnahmen erforderlich. Eine Detailuntersuchung ist nicht erforderlich. Das mit der Aufsicht über den Vollzug der Arbeitslosenversicherung betraute Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) hat bereits umfangreiche eigene Untersuchungen durchführen lassen und die Ergebnisse publiziert. Eine erneute Untersuchung für den Kanton Bern würde keine grundsätzlich anderen Erkenntnisse bringen.
Kurzbezeichnung des Staatsbeitrages gemäss Tabelle in 3.6.1	Förderung regionaler Spezialitäten
Umschreibung des Staatsbeitrags, sofern dies nicht klar aus der Kurzbezeichnung hervorgeht	Gemäss Verordnung über Produktion und Vermarktung in der Landwirtschaft (PVLV) können Innovations-, Wertschöpfungs- und Absatzförderungsprojekte mit Marketingbeiträgen unterstützt werden. Die Marketingkosten können zu max. 50 Prozent und während längstens fünf Jahren übernommen werden.
Wichtigste Ergebnisse der Erfolgskontrolle	Der Staatsbeitrag erfüllt den Charakter einer agrar- und regionalpolitischen Massnahme. Er steht mit der Ausrichtung der neuen Agrarpolitik völlig im Einklang. Zudem weist die Massnahme eine sehr hohe Zielübereinstimmung zwischen den drei Ebenen Gesetz, Vollzug und Adressaten auf. Der realisierte Staatsbeitrags-Multiplikator ist mit Faktor 8.6 sehr hoch.
Wichtigste Umsetzungsmassnahmen und Folgeschritte	Weiterführung im bestehenden finanziellen Rahmen. Keine Detailuntersuchung notwendig. Revision der PVLV (BSG 910.111).

3.7 Andere wichtige Projekte

Projekt	Stand der Arbeiten 31. 12. 2003	geplanter Abschluss
Organisation		
– Aufhebung ANAT	Notwendige Massnahmen sind getroffen	31.12.04
– Vertiefte Abklärungen SAR: Restrukturierungsmassnahmen in der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung und Beratung (INFORAMA)	Bericht con.win im April 2003 abgeschlossen; RRB 03/1251 vom 30. April 2003 betreffend Schliessung des Standortes Schwand-Münsingen.	31.08.05
– Nutzungsoptimierung Waldhof	Beschluss und Projektauftrag VOL und ERZ vom 15. Dezember 2003	01.01.05
– Zusammenschluss KAWE und KIGA	Neues Amt hat seine Tätigkeit am 1. Mai 2003 aufgenommen	abgeschlossen
Bauliche Massnahmen		
–		
Grössere Studien		
– Ursachenermittlung Gonadenveränderungen Thunerseefelchen	Laufende Untersuchungen	2007

3.8 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

Übersicht (im Grossen Rat behandelt):

	1999	2000	2001	2002	2003
Motionen	13	29	11	14	18
Postulate	2	2	4	–	3
Interpellationen	12	18	16	13	20

Hängige Motionen und Postulate:

	Motionen	Postulate	Total
Hängig aus den Vorjahren	2	6	8
Überwiesen im Berichtsjahr	6	1	7
dito Motionen als Postulat	–	2	2
Total zu behandeln	8	9	17
./. im Berichtsjahr erfüllt und damit abzuschreiben (Ziff. 3.8.1)	1	4	5
Ende Berichtsjahr hängig:			
– ohne Fristerstreckung (Ziff. 3.8.2.1)	6	3	9
– mit Fristerstreckung (Ziff. 3.8.2.2)	–	2	2
– mit abgelaufener Fristerstreckung (Ziff. 3.8.2.3)	1	–	1
Total hängig (Ziff. 3.8.2)	7	5	12

3.8.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

3.8.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion 251/99 Blatter, Bern, vom 16. November 1999 betreffend Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit im Rahmen der Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU (angenommen als Postulat am 13. 9. 2000; Fristerstreckung bis 2004 gewährt am 18.11. 2002).
Das Arbeitsmarktgesetz ist am 23. Juni 2003 in einer einzigen Lesung verabschiedet worden und zusammen mit der Ausführungsverordnung auf den 1. Januar 2004 in Kraft getreten.
Motion 49/00 Guggisberg, Kirchlindach, vom 8. Februar 2000 betreffend weitere Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes des Kantons Bern (Punkt 1 Umwandlung in Postulat, angenommen und Abschreibung abgelehnt; Punkt 4 als Motion angenommen; Punkt 6 Umwandlung in Postulat und angenommen; übrige Punkte zurückgezogen; angenommen als Motion am 30.11. 2000; Fristerstreckung bis 2003 gewährt am 18.11. 2002).

Der Regierungsrat hat 2003 mit den drei Hauptzielsetzungen der Richtlinien der Regierungspolitik die Aufträge der Motion aufgenommen:
Die im SAR-Bericht diskutierten und vom Grossen Rat konkretisierten Einsparungen werden umgesetzt.
Bau- und Planungsverfahren werden vereinfacht.
Kontakte zwischen Wirtschaft und Verwaltung werden intensiviert.
Im Bereich des Handelsregisters und des Grundbuchs werden die Ressourcen flexibler eingesetzt und die elektronischen Register weiteren Kreisen (Notare, Banken) zugänglich gemacht.
Im Bereich der Bildung wurden zahlreiche Massnahmen beschlossen mit dem Ziel, die Qualität des bernischen Bildungssystems zu steigern.
Der Regierungsrat hat eine Kommunikationsstrategie definiert mit dem Ziel, den Kanton Bern als Wirtschafts- und Lebensraum mit einem klaren Profil zu zeigen.
Diese Massnahmen werden nun umgesetzt, und der Vorstoss kann als erledigt abgeschrieben werden. Daneben gilt es, die Wirtschaftspolitik weiter zu entwickeln und den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dies stellt eine Daueraufgabe unabhängig von parlamentarischen Aufträgen dar.

Postulat 75/01 Müller, Zäziwil, vom 2. April 2001 betreffend Regionalpolitik – auch eine kantonale Aufgabe (angenommen am 7. 6. 2001).
Wie in der Antwort auf den Vorstoss ausgeführt, sind wesentliche Arbeiten zur Umsetzung des Postulats im Rahmen der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 sowie im Richtplan 2002 zu leisten. Diese Arbeiten sind abgeschlossen. In Überprüfung waren noch die Rechtsgrundlagen im Bereich Tourismus und Regionalpolitik. Ein Entwurf der Verwaltung zu einer neuen Gesetzgebung unter dem Arbeitstitel «Standortstärkung» wurde Anfang 2003 mit den interessierten Kreisen aus Tourismus und Regionalentwicklung diskutiert. Vorgesehen war damals, anschliessend die Vernehmlassung zu diesem Entwurf einzuleiten. Die Diskussion mit den interessierten Kreisen und die anschliessende Auswertung in der Volkswirtschaftsdirektion führten zur Erkenntnis, dass zurzeit gesetzgeberischer Handlungsbedarf nur im Bereich Tourismus besteht. Deshalb wird eine Totalrevision des Tourismusförderungsgesetzes (TFG; BSG 935.211) aus dem Jahre 1990 an die Hand genommen. Im Bereich Regionalentwicklung wird eine Anpassung der Rechtsgrundlagen (Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Investitionshilfe im Berggebiet, EG IHG; BSG 902.1) erst begonnen werden können, wenn eine allfällige Neuordnung der Regionalpolitik des Bundes bekannt ist. Dazu ist frühestens 2004 eine Vernehmlassungsvorlage zu erwarten.

Motion 119/03 von Siebenthal, Gstaad, vom 3. Juni 2003: Zur Erhaltung der Funktionen des Bergwaldes Mittel für eine wirksame Käferbekämpfung bereitstellen (angenommen als Postulat am 16. 9. 2003).

Die Abschreibung wird im Grossratsbeschluss «Sondermassnahmen Forstschutz 2004 – Nachkredit» beantragt.
Postulat 160/03 Kunz, Diemtigen, vom 16. Juni 2003 betreffend Bewältigung Nachfolgeschäden Lothar im Kanton Bern (angenommen am 16. 9. 2003).
Die Abschreibung wird im Grossratsbeschluss «Sondermassnahmen Forstschutz 2004 – Nachkredit» beantragt.

3.8.1.2 *Ausserordentliche Abschreibung*

Keine.

3.8.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

3.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Motion 220/01 FDP Gerber, Thun, vom 26. November 2001 betreffend Leistungsvereinbarungen mit Tourismusorganisationen (angenommen als Postulat am 2. 9. 2002).
Die Zusammenarbeit mit den neun Destinationen im Berner Oberland gestützt auf Leistungsvereinbarungen hat sich eingespielt. Im Berner Mittelland wurden die Gespräche zur Bildung von Destinationen weitergeführt. Im Jura haben die Volkswirtschaftsdirektionen der Kantone Bern und Jura einen gemeinsamen Auftrag zur Vertiefung der Zusammenarbeit erteilt.

Motion 133/02 Wälti-Schlegel, Burgdorf, vom 22. August 2002: Gesundheit steht über Wirtschaftsfreiheit (angenommen am 8. 4. 2003).
Die Arbeiten für die Schaffung der erforderlichen rechtlichen Grundlagen wurden aufgenommen und erste Gespräche mit interessierten Kreisen geführt.

Motion 160/02 Balmer, Rosshäusern, vom 2. September 2002 betreffend Tierseuchenkasse (Punkt 1 zurückgezogen; Punkt 2 als Postulat belassen; angenommen als Postulat am 18.11. 2002).
Da nach heutigem Wissensstand die BSE als Zoonose gilt, verlangt der Motionär die Übernahme der Bekämpfungskosten durch den Kanton und soweit möglich durch den Bund. Eine entsprechende Aufstockung des Staatsbeitrages zur Tierseuchenbekämpfung für das Jahr 2004 war vor dem Hintergrund der laufenden Sparmassnahmen nicht möglich. Im Rahmen der Planungsarbeiten zum Voranschlag 2005 wird das Anliegen nochmals geprüft.

Motion 177/02 Löffel, Münchenbuchsee, vom 4. September 2002 betreffend Werbeeinschränkungen für Tabakwaren (angenommen am 8. 4. 2003).
Die Arbeiten für die Schaffung der erforderlichen rechtlichen Grundlagen wurden aufgenommen und erste Gespräche mit interessierten Kreisen geführt.

Motion 178/02 Löffel, Münchenbuchsee, vom 4. September 2002 betreffend Werbeeinschränkungen für Alkohol (angenommen am 8. 4. 2003).
Die Arbeiten für die Schaffung der erforderlichen rechtlichen Grundlagen wurden aufgenommen und erste Gespräche mit interessierten Kreisen geführt.

Motion 209/02 Stöckli, Biel, vom 18. November 2002: Gegen die ersatzlose Aufhebung der Postverteilzentren in der strategischen Achse Thun-Bern-Biel (Punkte 1 und 2 als Motion angenommen und Abschreibung abgelehnt; Punkt 3 als Motion angenommen am 10. 2. 2003).
Die Post hat im März ihre Anforderungen an die Standorte definiert. Gestützt darauf hat der Kanton zusammen mit den Standortgemeinden Offerten für mögliche Standorte eingereicht und die Weiterentwicklung begleitet. Mit einem Standortentscheid der Post ist im Frühjahr 2004 zu rechnen.

Motion 243/02 Kiener Nellen, Bolligen, vom 10. Dezember 2002 betreffend Swiss Dairy Food: Grosse Verluste und niemand soll verantwortlich sein? (angenommen am 10. 2. 2003).
Über die finanziellen Auswirkungen der Liquidation der Swiss Dairy Food auf den Kanton Bern kann erst nach dem definitiven Abschluss des Nachlassverfahrens Bericht erstattet werden. Dies dürfte im Jahr 2004 der Fall sein.

Motion 89/03 Käser, Meienried, vom 7. April 2003: Wider den Kantönligeist bei der Strassenrettung (angenommen als Postulat am 24. 6. 2003).
Im Sommer 2003 wurden Verhandlungen mit den solothurnischen Behörden aufgenommen, die zum Entwurf einer interkantonalen Vereinbarung geführt haben. Dieser ist jedoch bei den betroffenen bernischen Gemeinden nicht durchwegs auf Zustimmung gestossen, sodass weitere Abklärungen erforderlich sind.

Motion 202/03 Staub, Thun, vom 3. September 2003 betreffend Gämsblindheit: Nicht zuschauen – handeln! (Punkt 1 angenommen als Postulat; Punkt 2 angenommen als Motion am 19.11. 2003).
Eine finanzielle Beteiligung des Kantons (Ziff. 1) macht erst dann Sinn, wenn ein breit abgestütztes, vom Bund koordiniertes Projekt vorliegt. Eine schriftliche Eingabe an die Bundesbehörden befindet sich unmittelbar in Vorbereitung (Ziff. 2).

3.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Motion 23/96 Hutzli, Pieterlen, vom 15. Januar 1996 betreffend rechtsvergleichende Ausführungen im Rahmen der Vorlage von Erlassen (angenommen als Postulat am 18. 6.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998 und bis 2004 am 18.11. 2002).
Die Arbeit an neuen Modulen der Rechtsetzungsrichtlinien des Kantons Bern hat sich verzögert, sollte aber im Jahr 2004 aufgenommen werden. Im Rahmen des Moduls «Inhalt der Vorträge» wird auf die Integration von rechtsvergleichenden Darstellungen in die Vorträge zu Erlassen eingegangen werden.

Motion 201/00 Lecomte, Diesse, vom 20. November 2000 betreffend Kampfhunde (angenommen als Postulat am 5. 2. 2001; der Grosse Rat wird im Februar 2004 über die mit RRB Nr. 3519 vom 10. Dezember 2003 beantragte Fristerstreckung von einem/zwei Jahr[en] entscheiden).
Im Rahmen der 2003 erfolgten Revision des Tierseuchengesetzes (TSG) hat das eidgenössische Parlament die Kennzeichnung und Registrierung der Hunde festgelegt. Die Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe sollen im Laufe des Jahres 2004 erfolgen. Erst wenn diese vorliegen, wird ersichtlich, wieweit die verlangte Schaffung neuer kantonaler Bestimmungen erforderlich ist.

3.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Motion 34/88 Seiler vom 1. Februar 1988 betreffend besseren Schutz des Moossees und anderer Naturschutzgebiete (Punkt 1 angenommen; Punkte 2 und 3 als Postulate angenommen am 31. 8.1988; Fristerstreckung bis 1992 gewährt am 8.11.1990 und bis 1994 am 4.11.1992).
Gemäss Grossratsbeschluss der November-Session 2002 wird die Motion nicht abgeschrieben.
Die entsprechenden Arbeiten laufen seit Jahren. Aktuell laufen zwei Verfahren parallel: Zum einen die Landumlegung (Staatsland Hofwil/Privateigentum am See) als Voraussetzung zum besseren Schutz, zum anderen die Revision des Schutzbeschlusses. Beide

Geschäfte münden in RRB. Das Landumlegungsverfahren ist blockiert durch die Grundopposition eines Einzelnen, die Revision könnte ansonsten in die öffentliche Mitwirkung gehen.
Auf Grund der knappen Kapazitäten im Naturschutzinspektorat sowie der Grundsatzopposition eines Einzelnen kann der Abschluss des Geschäftes momentan nicht terminiert werden.

Bern, im März 2004

Die Volkswirtschaftsdirektorin: *Zölch-Balmer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 21. April 2004